

200 Hirnen an Massen-Brainstorming

Gespräch mit 200 Teilnehmern gestern in Bülach: Alle, die in der Mediation um Fluglärm und Flughafen ein Wörtchen mitreden wollen, trafen sich zur ersten Plenarversammlung.

Von Erwin Haas

Bülach. - Ziel des Abends sei «der Beginn eines Dialogs», sagte Ursula König vom Viererteam um den Zürcher Mediator Wolfgang Wörnhard, das die gütliche Einigung im interkantonalen und grenzüberschreitenden Fluglärmstreit seit Januar aufzugleisen versucht. In 91 Gesprächen hatten sie 280 Organisationen kontaktiert. Mit zwei Monaten Verspätung hat das erste Treffen gestern Freitag von 18 bis 22 Uhr stattgefunden: Rund 200 Vertreter von 110 Organisationen sassen an 25 Achtertischen in der Stadthalle Bülach, um auszuhandeln, wie das blockierte Elend um Flugwege und volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Zürich entkrampft werden könnte.

Umwelt- und Verkehrsminister Bundesrat Moritz Leuenberger, die Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer und Unique-Verwaltungsratspräsident Andreas Schmid, die drei Auftraggeber, sprachen in den Begrüßungsreden von Hoffnung, von einer Streit- und Diskussionskultur, die diesen Namen verdiene. Sein Departement gehe auch nicht in «Halleluja-Stimmung» in die Mediation, sagte Leuenberger, doch der Bundesrat habe sich dafür ausgesprochen, «das Resultat zu übernehmen, wenn die Mediation Erfolg hat» - allerdings mit Vorbehalt, weil die eidgenössischen Räte Gesetzesänderungen und Ausgaben bewilligen müssten.

Das Ziel des Abends war aber nicht nur der verständnisfördernde Dialog, sondern ganz konkret: eine Koordinationsgruppe von 15 Personen zu bestimmen. Diese soll bis Herbst einen Mediationsvertrag entwerfen, das heisst: Die Spielregeln vorschlagen, unter denen eine eigentliche Mediation stattfinden kann, und einen Spielleiter vorschlagen. Der Mediationsjob wird öffentlich ausgeschrieben. In dieser Vorbereitung müssten Terminplan, Vorgehen, Kosten und die Controllingfrage seriös abgeklärt werden, sagte Leuenberger. «Wir möchten nicht, dass viele Jahre vergehen, bis eine Lösung vorliegt.» Nur die Vorbereitung habe 560 000 Franken gekostet, die Mediation selber koste sechs Millionen, man sei den Steuerzahlern Rechenschaft schuldig. Sein Departement sei bereit, «sich durch diese Mediation binden zu lassen», verlange aber die Vertretung der beteiligten Körperschaften. Falls die Mediation nicht zu Stande kommt oder scheitert, weil einer der Auftraggeber «gar nicht mitmacht oder aussteigt», wird der Bund die Frage selber regeln.

Unique will nicht Angeklagte sein

Auch der Kanton Zürich lasse sich auf ein Risiko ein, sagte Rita Fuhrer. Mit einer Teilnahme verpflichte sich die Regierung, die politischen Prozesse nicht gegen die Mediation einzusetzen. Andreas Schmid sagte, Unique werde die Rolle, die der Bund dem Flughafen Zürich als Luftverkehrsanlage von nationaler Bedeutung zugeschrieben habe, wahrnehmen und sitze nicht als Angeklagte, über die Gericht gehalten werde, an den Mediationstisch.

Was sich dann im Saal abspielte, war eine Art Massen-Brainstorming zur Frage, wie die Beteiligten dem Flugwegproblem gemeinsam Herr werden und eine Win-Win-Situation schaffen könnten. Die 200 Leute aus den Kantonen, Gemeinden, Fluglärmplattformen und Bürgerorganisationen, alle mit Namenstafelchen und Tischschildern als Interessenvertreter deklariert, wurden aufgefordert, sich in gemischten Gruppen an die Tische zu setzen. «Setzen Sie sich auch mit Akteuren zusammen, die Sie noch nicht kennen», stand auf dem Sitzordnungsblatt. Sie schrieben zuhanden der Mediatoren und der Koordinationsgruppe

Fragen und Anregungen zum Vorgehen auf gelbe Zettel, notierten Befürchtungen, Erwartungen, mögliche Mediationsziele, Themen und Umsetzungsvorschläge auf Flipcharts und elf leere Poster, die die Wände entlang hingen.

Bis zum Schluss kam ein Stichwortkonglomerat zusammen, in dem von «Diktatur der Minderheit» bis zu Abflugregime, Flachmoor und Pistenschwellen alles Platz hatte. Immerhin waren Tische zu sehen, an denen wirklich ein Austausch stattgefunden haben muss. Zum Beispiel dort, wo SVP, Skyguide, Mieterverband und Jungfreisinnige zusammensassen. Viele Teilnehmer waren über den friedlichen Abend erstaunt. Andererseits wird der Kampf mit härteren Bandagen noch folgen. Bis jetzt sei noch kein böses Wort gefallen, sagte ein Teilnehmer vom Obersee - «weil wir noch nicht über Inhalte geredet haben.»

KOMMENTAR

Diese Chance nutzen

Von Daniel Bach

Mehr als 200 Personen aus sieben Kantonen und aus Deutschland haben gestern die Flughafen-Mediation in Bülach gestartet. Vorerst verbindet sie nur Skepsis und Misstrauen. Keine Interessengruppe traut der andern über den Weg, ihre Haltungen scheinen unvereinbar. Die einen wollen den Fluglärm verteilen, andere möchten ihn kanalisieren, den Dritten geht es darum, dass der Flughafen wächst und rentiert, die Vierten wollen ihn an die kurze Leine nehmen.

Fast alle drohen vorsorglich mit dem Ausstieg, wenn ihre Bedingungen nicht erfüllt werden. Da erstaunt es nicht, dass niemand so richtig an den Erfolg dieser millionenteuren Übung glaubt - ausser den Mediatoren selbst, die unverdrossen Optimismus versprühen. Die bürgerlichen Politiker im Zürcher Kantonsrat haben die Mediation schon für tot erklärt, bevor sie richtig begonnen hat.

Das ist voreilig. Denn die Tatsache, dass fast alle, die vom Fluglärm betroffen sind, ins Zürcher Unterland gereist sind, gibt Anlass zu Hoffnung. Vor allem deshalb, weil unter ihnen auch süddeutsche Politiker waren. Ihre Zusage in letzter Sekunde gibt der Mediation den Spielraum, den sie braucht. Fluglärmgegner aus allen Himmelsrichtungen sind bereit, in den nächsten Monaten miteinander statt wie bisher übereinander zu reden. Gelingt es den Mediatoren, Vertrauen unter den Teilnehmern zu stiften, ist eine Annäherung möglich. Es ist einfacher, scharfe Presseerklärungen zu verfassen und einander Vorwürfe zu machen, als jemanden zu enttäuschen, den man in langen Diskussionen als aufrichtigen Gesprächspartner schätzen gelernt hat.

Es bleiben so noch genug Fall- stricke. Da bei den Gerichten zahlreiche Einsprachen hängig sind, reden die Richter ein gewichtiges Wort mit. Der eine oder andere politische Vorstoss könnte der Mediation den Todesstoss versetzen. Und der Bundesrat kann sich, als höchste Instanz in allen Fragen der Flugverkehrspolitik, über deren Resultate hinwegsetzen.

Trotzdem ist die Mediation das einzige Verfahren, bei dem alle ein bisschen gewinnen können. Die Beteiligten sollten diese Chance unbedingt nutzen.